

Studierendenparlament der RWTH Aachen  
% AStA der RWTH Aachen  
Pontwall 3  
52062 Aachen

Ihr Ansprechpartner:  
Adresse:  
E-Mail:  
Telefon:



Aachen, 03. Juli 2024

### **Forderung nach Unterstützung zum Schutz der Meinungsfreiheit**

Liebes Präsidium,  
liebe MdSP,

das Studierendenparlament möge folgende Resolution beschließen:

“

Das Studierendenparlament begrüßt demokratische und friedliche Initiativen und Proteste aus der Studierendenschaft und auf dem Campus der RWTH Aachen. Seit Jahrhunderten machen Studierende in Form von Protesten auf gesellschaftliche Missstände aufmerksam und prägen den politischen Diskurs. In dieser Tradition möchten wir unsere Studierenden weiterhin zu Protest und demokratischem Diskurs ermutigen.

Wir möchten nachdrücklich fördern, dass die Hochschule als ein Ort des politischen Diskurses bewahrt bleibt, an dem unterschiedliche Meinungen respektvoll ausgetauscht und gemeinschaftliche Lösungen entwickelt werden können.

In diesem Rahmen verurteilen wir das Vorgehen der Hochschulleitung der RWTH Aachen, die gegen das Land Nordrhein-Westfalen wegen der “Nichtbeschränkung der Versammlung” des Students for Palestine Camps Klage erhoben hat.

Insbesondere verurteilen wir den damit einhergehenden Bruch der Privatsphäre der am Camp versammelten Studierenden durch die Hochschulleitung, die mit dem Aufnehmen von Wärmebildern auch die direkten Anweisungen der Polizei gebrochen hat.

In diesem Sinne appellieren wir eindringlich an die Universitätsleitung, den Dialog mit den Studierenden zu suchen und gemeinsame Wege zu finden, um die Herausforderungen zu bewältigen. Dies würde nicht nur dem Grundsatz der akademischen Freiheit und des gegenseitigen Respekts gerecht werden, sondern auch das Vertrauen und die Zusammenarbeit innerhalb unserer Universität stärken.

”

## **Begründung:**

### **Warum ist es wichtig, die Studierenden in ihrem Protest zu unterstützen?**

Die RWTH als staatliche Institution ist daran gebunden, Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Wissenschaftsfreiheit, insbesondere der ihrer Studierenden, zu sichern und zu schützen.

Proteste der Studierenden sind nicht nur Ausdruck ihres politischen und sozialen Engagements, sondern auch ein wichtiger Motor für gesellschaftliche Veränderungen. Universitäten sollten diese Bewegungen unterstützen und als wertvolle Möglichkeit zur Reflexion und Verbesserung ihrer eigenen Strukturen und Prozesse betrachten. Durch die Förderung eines offenen und respektvollen Dialogs können Universitäten dazu beitragen, eine gerechtere und demokratischere Gesellschaft zu gestalten. Proteste lenken die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Medien auf wichtige gesellschaftliche Themen und Missstände. Dies führt zu einem erhöhten Bewusstsein und kann gesellschaftliche Diskussionen anstoßen.

Sie mobilisieren nicht nur die direkt Beteiligten, sondern auch weitere Teile der Gesellschaft, die sich mit den Anliegen identifizieren können und somit zur Bewegung beitragen. Der Diskurs unter Akamediker\*innen soll gefördert und nicht unterdrückt werden.

### **Warum ist gerade jetzt ein Diskurs zwischen der Hochschule und ihren Studierenden wichtig?**

Ein mangelnder Dialog zwischen Hochschule und Studierenden kann zu einem Vertrauensverlust führen und die Polarisierung der Gesellschaft verstärken. Dies beeinträchtigt die Zusammenarbeit und den Zusammenhalt innerhalb der Universitätsgemeinschaft. Ein offener Dialog fördert das Verständnis und die Zusammenarbeit, was essentiell ist, um gemeinsam Lösungen für aktuelle und zukünftige Herausforderungen zu entwickeln.

In den letzten Jahren hat es in Deutschland eine Welle von Verfolgungen gegen pro-palästinensische und Klimaproteste gegeben. Dies führte dazu, dass das Land im jährlichen Monitor von NGO Civicus von einem „offenen“ zu einem „eingeschränkten“ Land herabgestuft wurde. Deutschland, das viele Jahre als eines der weltweit führenden Länder in Sachen Bürgerrechte galt, sieht sich nun einer kritischeren Bewertung gegenüber. Wird der Diskurs an den Hochschulen weiterhin unterdrückt, sehen wir eine weitergehende Verschärfung dieses Zustandes.

<https://www.jurist.org/news/2023/12/germany-among-7-countries-with-downgraded-civic-space-ratings-in-civicus-monitor-report/>

<https://monitor.civicus.org/presscentre/germany/>

## **Was ist passiert?**

Die RWTH Aachen reichte am 10.06.2024 einen Antrag auf eine einstweilige Anordnung gegen das Land NRW ein "wegen Nichtbeschränkung einer Versammlung Dritter". Zur Erreichung der Beendigung des Camps waren ihr alle Mittel recht.

Die Polizei gab der RWTH Aachen gab vor, die Anzahl der Versammlungsteilnehmenden nicht zu prüfen. Gleichzeitig beschränkte sich die Polizei darauf, ausschließlich sicherzustellen, dass jederzeit genügend Versammlungsteilnehmende vor Ort sind und hat die Zelte zu keinem Zeitpunkt betreten. Trotz dessen beschloss die Führung der RWTH gegen die Anordnung der Versammlungsbehörde, die Belegung der Zelte mit Hilfe von Wärmebildkameras zu überprüfen.

Nach einer geschlossenen Versammlung und einer Begehung des Camps durch den Verwaltungsrichter und Vertreter des Landes NRW und der RWTH zog die RWTH den Antrag zurück und muss die Rechtskosten aller beteiligten Parteien tragen.

## **Warum ist das Aufnehmen von Wärmebildern der Studierenden falsch?**

Die Studierenden könnten das Vertrauen in die Institution oder die verantwortliche Behörde verlieren, wenn sie das Gefühl haben, dass ihre Privatsphäre nicht respektiert wird oder ihre persönlichen Informationen unangemessen erfasst werden. Das Aufnehmen von Wärmebildern könnte als Verletzung der Privatsphäre angesehen werden, da es möglicherweise persönliche und intime Informationen offenlegt, die normalerweise nicht öffentlich zugänglich sein sollten.

Gemäß einem Schreiben der Polizei wird der Einsatz von Wärmebildkameras zur Überwachung der Studierenden durch die Hochschule als mindestens unangemessen betrachtet. Das Camp hat das Recht zur Selbstbestimmung bezüglich der Anzahl der Zelte, die sowohl als Kundgabemittel als auch als Infrastruktur des Camps fungieren. Eine Überwachung der Anzahl der campenden Studierenden mittels solcher Kameras ist zudem ein direkter Verstoß gegen die Vorgaben der Polizei an die Hochschule.

## **Warum soll die RWTH aufhören, gegen ihre Studierenden gerichtlich vorgehen zu wollen, wenn diese ihr Recht auf Meinungsäußerung ausüben?**

Laut Schreiben der Polizei sei keiner der von der RWTH genannten Anordnungspunkte glaubhaft und die Polizei sehe keinen ausreichenden Grund, um geringfügige Störungen zu unterbinden, die im Rahmen der Ausübung der Meinungsfreiheit auftreten könnten. Das Gericht sieht die Versammlung als im rechtlichen Rahmen befindlich an. Es gibt keinen Anlass dafür, die Versammlung zeitlich zu beschränken, wie es von der RWTH gefordert wird. Selbst ohne die Technion-Kooperation haben Studierende das Recht, wegen des

"Konflikts" vor der Universität zu protestieren. Ihre Rolle als Studierende allein legitimiert ihren Anspruch auf den Versammlungsort.

Zusammengefasst ist es also nicht gerechtfertigt, dass die RWTH rechtliche Schritte gegen die Studierenden unternimmt, wenn diese lediglich ihr Recht auf Meinungsäußerung wahrnehmen, insbesondere wenn keine hinreichenden Gründe für Einschränkungen oder Unterdrückung ihrer Versammlungstätigkeiten vorliegen. Die Hochschulleitung kann sich nicht aussuchen, wogegen Studierende demonstrieren möchten. Das Recht auf Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit umfasst das Recht, öffentlich auf Missstände oder umstrittene Themen aufmerksam zu machen, unabhängig davon, ob die Universität oder ihre Partnerinstitutionen involviert sind. Dieses Recht ist ein grundlegendes Element der Demokratie.

Wir hoffen auf einen offenen, respektvollen und konstruktiven Dialog. Für Rückfragen stehen wir jederzeit gerne zur Verfügung!

Mit besten Grüßen

Abdallah Walkad-Dour

Gesa Wortmann, Johannes Schmid